

S1 Umsetzung der KV-Reform

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 06.03.2023
Tagesordnungspunkt: 4. Satzungsänderungsanträge

Antragstext

1 Präambel

2 Ersetze den Begriff "Ortsgruppen" durch "Kreisverbände".

3 §2 Gliederung und Aufbau

4 Streiche (1)

5 "Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen gliedert sich in Ortsgruppen, die in der Regel
6 das Gebiet eines oder mehrerer Landkreise umfassen"

7 und ersetze durch (1)

8 "Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen gliedert sich in Kreisverbände, die in der Regel
9 das Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt umfassen. Sie müssen
10 in jedem Fall vollständig im Gebiet des Bundeslandes Niedersachsen liegen. Für
11 Gebiete, in denen kein eigener Kreisverband besteht, legt der Landesverband
12 durch Beschluss der Mitglieder- oder Delegiertenversammlung einen Kreisverband
13 fest, dem die Mitglieder angehören. Die Landesmitgliederversammlung kann mit
14 absoluter Mehrheit gebietliche Neuordnungen beschließen und entscheidet über
15 Gebietsstreitigkeiten. Jeder Gebietsverband der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen ist
16 einem Gebietsverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugeordnet, jedoch politisch
17 selbständig. Gebietsverbände der Grünen Jugend können die Grüne Jugend in
18 mehreren Gebietsverbänden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten, wenn dem
19 entsprechenden Gebietsverband kein Gebietsverband der Grünen Jugend auf gleicher
20 Ebene zugeordnet ist.

21 Streiche (2)

22 "Die Ortsgruppen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen haben Programm-, Personal-,
23 Finanz- und Satzungsautonomie."

24 und ersetze durch (2)

25 "Die Kreisverbände der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen haben Programm- und
26 Satzungsautonomie."

27 Streiche (3)

28 "Ortsgruppen sollen sich eine Satzung geben. Diese darf der Landessatzung nicht
29 widersprechen."

30 und ersetze durch

31 "Kreisverbände müssen eine Satzung und einen Vorstand haben. Die Satzung darf
32 der Landessatzung nicht widersprechen."

33 Ersetze in (4) den Begriff "Ortsgruppen" durch "Kreisverbände" in beiden Fällen.

34 §5 Landesmitgliederversammlung

- 35 Ersetze in (3) den Begriff "Ortsgruppen" durch "Kreisverbände".
- 36 Ersetze in (4) den Begriff "Ortsgruppen" durch "Kreisverbände".
- 37 §8c Öffentlichkeitsarbeit
- 38 Ersetze in (1) den Begriff "Ortsgruppen" durch "Kreisverbände".

Begründung

Beim Bundeskongress 2022 haben wir als GRÜNE JUGEND die Kreisverbands-Reform beschlossen, die aus Ortsgruppen Kreisverbände macht. Dadurch geben wir uns Raum für Professionalisierung, erhöhen die Handlungsspielräume und dezentralisieren bislang zentralisierte Strukturen. Langfristig werden Ortsgruppen/Kreisverbände durch diese Reform zusätzliche Kompetenzen bekommen, mit der sie noch bessere Arbeit vor Ort machen können. Daher wollen auch wir unsere Satzung an die neue Struktur anpassen.

K1 Für Bedürfnisse, nicht Profite! Energiesektor vergesellschaften!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 10.04.2023
Tagesordnungspunkt: 5. Klima

Antragstext

1 Dürresommer, Waldbrände und Fluten, die überall auf der Welt verheerendes Leid
2 auslösen: Die Folgen der Klimakrise sind schon jetzt überall und damit auch bei
3 uns in Niedersachsen spürbar. Schon jetzt hat sich das globale Klima auf über 1
4 Grad erwärmt und laut den aktuellen Prognosen steuern wir sogar auf eine
5 Erhitzung von bis zu 4 Grad zu, mit dramatischen Folgen. Jeden Sommer werden
6 neue Negativrekorde eingestellt und immer mehr Menschen sterben auch hier an
7 erdrückenden Temperaturen.

8 Während Landes- und Bundesregierungen ihre eigenen, ambitionierten Zusagen beim
9 Klimaschutz kaum erfüllen und damit die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens –
10 also die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad - quasi unmöglich machen,
11 verfeuern Energiekonzerne unsere Zukunft mit Erdgas und Kohle. Unternehmen und
12 Aktionär:innen freuen sich über Milliarden Gewinne, die wir alle durch zu hohe
13 Storm- und Wärmekosten zahlen.

14 Die Auseinandersetzungen rund um Lützerath haben gezeigt, dass Regierungen dabei
15 zuschauen oder sogar ihr Gewaltmonopol nutzen, um die Interessen von Unternehmen
16 zu sichern. Dabei wird jeglichem Konflikt mit dem Kapital aus dem Weg gegangen
17 und darauf gehofft, dass der Markt es regelt. Zeitgleich können fossile Konzerne
18 ihre Gewinne nutzen, um einen aggressiven Lobbyismus zu finanzieren, der ihre
19 Interessen in der Politik absichert.

20 System-Change statt Climate-Change

21 Wir werden die Klimakrise nicht eindämmen, wenn wir nicht auf das
22 dahinterliegende System blicken. Der Kapitalismus funktioniert nicht ohne
23 Wachstum und für dieses müssen Mensch, Natur und damit Ressourcen ausgebeutet
24 werden.

25 Die Energieerzeugung und -versorgung zeigt, wie sehr Kapitalismus und Klimakrise
26 zusammenhängen. Die natürlichen Gegebenheiten von fossiler Energie und deren
27 zentralisierter Abbau und Verbrennung begünstigen die Bildung von Monopolen.
28 Solange Gasfelder, Tagebaue und Stromnetze in der Hand weniger Konzerne liegen,
29 werden diese entscheiden, was mit ihnen geschieht – und das zugunsten der
30 eigenen Profite und nicht des Klimas oder der Menschen.

31 Wenn fossile Energiequellen und Infrastruktur außerhalb von demokratischer
32 Kontrolle liegen, werden Konzerne ihre ökonomische Macht nutzen, um so lange wie
33 möglich von ihrem Geschäftsmodell zu profitieren.

34 Schlecht fürs Klima, schlecht für den Menschen

35 Eine profitgetriebene Energieversorgung sorgt aber auch für eine anhaltende
36 Umverteilung von unten nach oben. Denn die Energiekonzerne fahren regelmäßig
37 Milliarden Gewinne ein und schütten riesige Geldmengen an Aktionär:innen aus. Die
38 meisten Menschen wiederum zahlen für ihren insbesondere in Krisenzeiten teuren
39 Grundbedarf von Energie die Dividenden der Reichen. Es kann nicht sein, dass

40 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge Mittel sind, eine ungerechte Gesellschaft
41 noch ungerechter zu machen.

42 Vergesellschaftung! Jetzt!

43 Die eskalierende Klimakrise, die viel hohen Energiepreise und die fortwährende
44 Umverteilung durch die Energieversorgungen zeigen, dass wir uns keinen
45 profitorientierte, fossilen Energiesektor mehr leisten können. Die Kontrolle des
46 Energiesektors gehört in die Hände der Gesellschaft.

47 Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes machen es möglich: Enteignungen und
48 Vergesellschaftung sind zulässig, wenn sie der Allgemeinheit dienen. Die
49 Verstaatlichung von Uniper und SEFE, die im Zuge der Energiekrise über Nacht
50 möglich waren, zeigen: Wenn ein politischer Wille da ist, wird es Wege geben.
51 Finanziert werden kann die Vergesellschaftung über ein Sondervermögen
52 Klimaschutz, dass sich aus krisenbedingten Übergewinnen oder auch Reichensteuern
53 speist.

54 Nach der Vergesellschaftung die Transformation

55 Durch die Vergesellschaftung würde die Gesellschaft die Kosten der Infrastruktur
56 übernehmen müssen, könnte somit aber eine von Konzernen anvisierte Erweiterung
57 stoppen und den Rückbau und die Renaturierung von, durch fossile Industrien
58 geprägte, Landschaften demokratisch gestalten.

59 Ebenso müssen wir als Gesellschaft darüber diskutieren, für was wir Energie
60 benötigen. Der Kapitalismus schafft Produktionen, die nur darauf abzielen,
61 Umsatz zu erwirtschaften und nicht darauf menschlichen Bedürfnissen zu dienen.
62 Eine Demokratisierung der Energieversorgung bricht mit dem Selbstzweck der
63 profitmaximierenden Produktion.

64 Nicht bei Erzeugern stehen bleiben

65 Nicht nur die Erzeugung von Energie muss einer Profitlogik entzogen werden,
66 sondern ebenso Gas- und Stromnetze. Nach einer Privatisierungswelle von
67 Energienetzen wurden wichtige Investitionen verschleppt, wobei Profite auf den
68 Konten einzelner Konzerne landeten. Mittlerweile liegt der Betrieb von
69 überregionalen Netzen in einer Hand voll Unternehmen. Ihre Gewinne werden über
70 die sogenannten Netzentgelte, die alle Kund:innen mit Zugang zum Strom- oder
71 Gasnetz zahlen, abgesichert.

72 Ende der Profitlogik auf allen Ebenen

73 Auch eine Grüne Regierung in Niedersachsen wird beim Klimaschutz und der
74 Energieversorgung scheitern, wenn sie sich nicht einer Profitlogik bis in die
75 Kommunen entgegenstellt. Konkret braucht es ein Rekommunalisierungsgesetz mit
76 einem ausreichenden Fond, der die Überführung von regionalen Energienetzen und
77 Energieversorgern wie Stadtwerken in die öffentliche Hand ermöglicht.

78 Gemeinsam gewinnen

79 Die Demokratisierung des kompletten Energiesektors werden wir nicht über nette
80 Bitten oder einen Antrag auf einem Grünen Parteitag näherkommen. Einer
81 Vergesellschaftung der Energieversorgung werden wir nur in einem breiten Bündnis
82 der Klimabewegung auf der Straße erkämpfen. Als GRÜNE JUGEND Niedersachsen
83 verstehen wir uns als Teil einer Bewegung, die breite Teile der Gesellschaft für

- 84 den Kampf um ein gutes Leben auf diesem Planeten gewinnen will und sich gegen
85 fossile Konzerninteressen stellt.
- 86 Gemeinsam gilt es, eine Zukunft zu gewinnen!

G1 Tax the Rich!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.04.2023
Tagesordnungspunkt: 6. Gerechtigkeit

Antragstext

- 1 Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten.
- 2 Vermögen sind in Deutschland so ungleich verteilt wie noch nie. Jährlich gibt es
- 3 immer mehr Millionär*innen und gleichzeitig erreicht die Armutquote einen
- 4 Höchststand. Während die Reichen selbst in der Krise noch reicher werden,
- 5 arbeiten die meisten Menschen zu schlechten Löhnen und schlechten Bedingungen.
- 6 Wir fordern, dass Krisen endlich solidarisch gelöst werden, deshalb braucht es
- 7 jetzt konsequente Umverteilung.
- 8 Armut ist die Folge struktureller Ungleichheit!
- 9 Jeder 5. Mensch lebt in unserer Gesellschaft in Armut. Die Corona-Pandemie hat
- 10 diese Entwicklung noch mehr verstärkt. Viele Menschen haben infolge der Pandemie
- 11 den Arbeitsplatz verloren oder mussten in Kurzarbeit gehen und ohne große
- 12 Ersparnisse jeden Euro mehrmals umdrehen. Steigende Mieten und Energiekosten,
- 13 die Inflation, die die Einkommen der unteren und mittleren Einkommen nahezu
- 14 auffrisst, sorgen dafür, dass die Situation für viele Menschen kaum noch zu
- 15 tragen ist.
- 16 Armut reproduziert sich!
- 17 Familien kämpfen tagtäglich damit, die steigenden Lebenshaltungskosten zu
- 18 stemmen und müssen an anderer Stelle Abstriche machen. Wenn das Geld gerade so
- 19 zum Leben reicht, ist gesellschaftliche Teilhabe nicht möglich. Besonders Kinder
- 20 leiden darunter. Kinderarmut ist kein selbstverschuldetes Schicksal, sondern ein
- 21 strukturelles Problem, das aus einer ungerechten Verteilungspolitik resultiert,
- 22 und es reproduziert sich, solange die Reichen immer reicher werden und die Armen
- 23 immer ärmer.
- 24 Krisen treffen immer die, die bereits wenig haben. Das ist kein Ergebnis von
- 25 akuten Krisen, sondern von jahrzehntelanger schlechter Politik und ständiger
- 26 Umverteilung von unten nach oben.
- 27 Wer hat dem wird gegeben
- 28 Während auf der einen Seite Menschen mit einem geringen Einkommen immer ärmer
- 29 werden, können Reiche während der Krisen ihr Vermögen immer weiter anhäufen. Wer
- 30 bereits vor der Pandemie Immobilien und Aktien besessen hat, wurde während der
- 31 Pandemie noch vermögender. Reiche Menschen werden durch die momentane
- 32 Steuergesetzgebung strukturell bevorzugt. Große Erbschaften werden kaum
- 33 besteuert und auf Vermögen fallen gar keine Abgaben an. Dadurch konzentriert
- 34 sich der Reichtum bei denjenigen, die sowieso schon viel zu viel haben.
- 35 Strukturen halten diese Ungleichheit aufrecht!
- 36 Privatem Reichtum steht eine kaputt gesparte öffentliche Infrastruktur
- 37 gegenüber. Schulen, Krankenhäuser, ÖPNV, Schwimmbäder - überall wurde lange

38 gekürzt. Jetzt fehlen angeblich die Mittel für notwendige Investitionen. Aber es
39 ist so: Während Verluste vergesellschaftet werden, wurden Gewinne privatisiert.
40 Es kann aber nicht sein, dass Konzerne, Millionenerbschaften und Millionär*innen
41 so viel Einfluss und Macht haben, dafür aber gar nicht angemessen an der
42 Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligt werden. Das wollen wir
43 ändern.

44 Make the rich pay!

45 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen eine Vermögenssteuer, die
46 natürliche und juristische Personen mit hohen Umsätzen und viel Vermögen zur
47 Kasse bittet. So soll endlich eine konsequente Umverteilung von oben nach unten
48 stattfinden und langfristig und nachhaltig in öffentliche Infrastrukturen
49 investiert werden, damit die gestärkt werden, die die letzten Jahre
50 vernachlässigt wurden. Wir müssen es schaffen, diese strukturellen
51 Ungleichheiten nachhaltig zu durchbrechen, um einen wirklichen
52 gesellschaftlichen Wandel zu schaffen.

53 Menschen befinden sich aber jetzt schon in einer klaren Notsituation, die
54 besonders Kinder trifft. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen, neben
55 der Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe, welche besonders von Armut
56 betroffenen Kindern zugutekommen soll. Unser Schulsystem ist kaputt gespart und
57 die Jugendhilfe an ihrer Belastungsgrenze. Für echte Teilhabe und gerechte
58 Bildungschancen, die nicht vom Elternhaus abhängig sind, braucht es endlich mehr
59 Geld für die Jüngsten, für uns, in unserer Gesellschaft!

60 Für mehr Gerechtigkeit und echte Solidarität müssen die, die viel haben, endlich
61 mehr leisten.

KV1 Anerkennung der Kreisverbände

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.04.2023
Tagesordnungspunkt: 8. Anerkennung von Kreisverbänden

Antragstext

1 Im Zuge der Kreisverbandsreform haben sich bereits die ersten Ortsgruppen auf
2 den Weg gemacht und ihre Gründung als Kreisverbände beschlossen. Als
3 Landesmitgliederversammlung erkennen wir daher nun folgende Ortsgruppen als
4 Kreisverbände an:

- 5 • Osnabrück Stadt
- 6 • Hannover
- 7 • Hildesheim

Begründung

erfolgt mündlich

KV2 Zuschnitte der Kreisverbände

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.04.2023
Tagesordnungspunkt: 8. Anerkennung von Kreisverbänden

Antragstext

1 Nicht jeder Landkreis in Niedersachsen hat aktuell einen eigenen Kreisverband
2 und auch nach der Gründung von bestehenden Ortsgruppen zu Kreisverbänden wird
3 nicht jedes Mitglied klar einem Kreisverband zugeordnet werden können. Um dem
4 entgegenzuwirken und jedem Mitglied der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen die
5 Mitgliedschaft in einem Kreisverband garantieren zu können, schlagen wir
6 folgende formelle Zuteilung der Mitglieder vor, die in ihrem Landkreis keinen
7 eigenen Kreisverband haben. Diese Zuteilung gilt bis zur Gründung eines
8 eigenständigen Kreisverbands in jenem Landkreis.
9 Mitglieder, auf die das zutrifft, können auf formlosen Antrag in der
10 Landesgeschäftsstelle die Mitgliedschaft in einem anderen Kreisverband
11 beantragen.

- 12 • Mitglieder der GJN im Landkreis Ammerland gelten als Mitglieder des
13 Kreisverbands Oldenburg Stadt.
- 14 • Mitglieder der GJN im Landkreis Emden gelten als Mitglieder des
15 Kreisverbands Leer.
- 16 • Mitglieder der GJN im Landkreis Hameln-Pyrmont gelten als Mitglieder des
17 Kreisverbands Hannover.
- 18 • Mitglieder der GJN im Landkreis Heidekreis gelten als Mitglieder des
19 Kreisverbands Hannover.
- 20 • Mitglieder der GJN im Landkreis Holzminden gelten als Mitglieder des
21 Kreisverbands Hildesheim.
- 22 • Mitglieder der GJN im Landkreis Oldenburg (Land) gelten als Mitglieder des
23 Kreisverbands Oldenburg Stadt.
- 24 • Mitglieder der GJN im Landkreis Schaumburg gelten als Mitglieder des
25 Kreisverbands Hannover.

V1 Jung, Akademisch, Prekär - Solidarität mit der TVStud Kampagne

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.04.2023
Tagesordnungspunkt: 10.1. Resolutionen

Antragstext

1 Fast 40% aller Studierenden und über 75% der Studis, die alleine oder in WGs
2 wohnen, sind armutsgefährdet. Das bedeutet: jeden Monat fragt sich ein Großteil
3 der Studierenden, wie sie trotz Nebenjob über die Runden kommen, wie sie die
4 kaputte Waschmaschine ersetzen sollen, und wie sie an Geld kommen um die
5 Gasrechnung zu bezahlen. Nudeln mit Pesto zum vierten Mal in der Woche sind kein
6 Lifestyle, sondern Armut.

7 Ein Job an der Hochschule, also beim Staat, sollte eigentlich dabei helfen,
8 diese prekären Zustände zu beenden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Studentisch
9 Beschäftigte hängen in Kettenbefristungen mit kurzen Vertragslaufzeiten, viele
10 arbeiten unbezahlt, wenn sie krank sind oder ohne Vertrag, machen Überstunden
11 und nehmen den Urlaub, der ihnen zusteht, nicht - und am Ende des Monats
12 verdienen sie in Niedersachsen im Schnitt 346,20€. Das reicht noch nicht mal für
13 ein WG-Zimmer. Fast 80% der studentisch Beschäftigten, die in der Studie "Jung,
14 akademisch, prekär" befragt wurden, sind arm. Statt gerecht bezahlt zu werden,
15 sollen sie dankbar für die Arbeitserfahrung, die sie sammeln dürfen, sein. Aber
16 Erfahrungen zahlen keine WG-Zimmer, sichern keine gesellschaftliche Teilhabe und
17 sind erst recht kein Argument gegen faire Löhne und Arbeiter*innenrechte!

18 Wissenschaftsbetrieb für Alle!

19 Ein Job als studentische Assistenz oder Tutor*in ist eine wichtige Tür in den
20 Wissenschaftsbetrieb. Doch diese Tür bleibt vielen verschlossen. Nur etwa ein
21 Drittel der Jobs werden über formelle Ausschreibungen besetzt. Der Großteil wird
22 etwa von Professor*innen angesprochen oder erfährt durch Mundpropaganda von der
23 offenen Stelle. Dabei haben Frauen, Genderqueers, migrantisierte Personen und
24 Kinder von Eltern mit formal niedrigeren Bildungsabschlüssen häufig das
25 Nachsehen. Darüber hinaus muss man es sich erst einmal leisten können,
26 studentisch beschäftigt zu sein, denn das bedeutet lange Wartezeiten auf den
27 Vertrag inklusive Bezahlung, nachdem die eigentliche Beschäftigung angefangen
28 hat, hohe Unsicherheit durch kurze Vertragslaufzeiten und ein Gehalt nur knapp
29 über dem Mindestlohn. Viele, die nicht über das Elternhaus finanziell
30 abgesichert sind, können sich das alles nicht leisten. Die Weigerung der Länder
31 als Arbeitgeber, studentische Beschäftigung in einen Tarifvertrag zu überführen,
32 trägt zur Ungerechtigkeit in Bildung und Wissenschaft maßgeblich bei.

33 Unsere Antwort lautet Arbeitskampf!

34 All das zeigt uns: Akademiker*innen sind Teil der arbeitenden Klasse. Gerade
35 halten die bundesweit mehr als 300.000 studentischen Beschäftigten den
36 unterfinanzierten Wissenschaftsbetrieb am Laufen. Dabei nutzt der Staat als
37 Arbeitgeber die Beschäftigten systematisch aus und unterwandert
38 Arbeitnehmer*innenrechte. Bei der Ausnahmeregelung für studentische Beschäftigte
39 handelt es sich um die größte Tariflücke in der öffentlichen Hand. Wir nehmen
40 Armut, prekäre Arbeitsbedingungen und unfaire Auswahlprozesse nicht länger hin.

41 Jetzt oder nie! 2023 erkämpfen wir den Tarifvertrag

42 Im Oktober 2023 startet die Tarifrunde der Länder. Hier muss endlich die
43 Tarifierung der studentischen Beschäftigungsverhältnisse erfolgen. Doch die
44 letzten 30 Jahre studentischen Arbeitskampfes zeigen uns: Der gerechte
45 Tarifvertrag und die demokratische Mitbestimmung werden uns nicht geschenkt.

46 Als GRÜNE JUGEND Niedersachsen solidarisieren wir uns als Gesamtverband mit den
47 Beschäftigten in ihrem Kampf um einen berechtigten und längst überfälligen
48 Tarifvertrag im Rahmen der bundesweiten Kampagne zum TVStud. Unsere Solidarität
49 wird praktisch: Wenn an den Hochschulen in Niedersachsen gestreikt wird, dann
50 stehen wir mit unseren Kreisverbänden und Ortsgruppen Seite an Seite mit den
51 Streikenden. Dazu werden wir uns systematisch mit den TVStud-Gruppen vor Ort
52 vernetzen und unsere Unterstützung anbieten. Egal ob, Teilnahme an Streik-Demos,
53 Banneraktionen, öffentliche Unterstützung und Pressearbeit, die
54 Bereitstellung unserer Ressourcen und Infrastruktur oder das Kaffee-Kochen am
55 Streiktag - die Beschäftigten können auf unsere Solidarität zählen!

56 Wir fordern die Landesregierung auf, in der Tarifrunde der Länder ernsthafte
57 Unterstützung für einen bundesweiten Tarifvertrag zu zeigen und ihr Versprechen
58 zur Einrichtung eines TVStud in Niedersachsen aus dem Koalitionsvertrag
59 einzuhalten. Die Landesregierungen haben als Arbeits- und Gesetzgeber eine
60 besondere Verantwortung. Dieser müssen sie jetzt nachkommen.

61 Get organized to strike!

Begründung

erfolgt mündlich

V2 Solidarität mit den Streikenden in Winsen - Make Amazon Pay!

Gremium: GJ Harburg-Land
Beschlussdatum: 24.04.2023
Tagesordnungspunkt: 10.1. Resolutionen

Antragstext

- 1 Arbeitnehmer*innenrechte? Ein Fremdwort für Amazon, überall, auch in Winsen!
- 2 Deshalb haben Amazon-Beschäftigte in Winsen (Luhe) vom 1-3. April das Lager
- 3 bestreikt. Dieser Streik ist umso beeindruckender, wenn man bedenkt dass Amazon
- 4 viele migrantisierte Menschen beschäftigt, welche noch mehr Hürden haben sich zu
- 5 organisieren.
- 6 Der Betriebsrat Hedi Tounsi und einige ver.di Mitarbeitenden haben es trotzdem
- 7 geschafft, die Arbeit im Norddeutschen Lager fast komplett zu stillzulegen! 140
- 8 Mitarbeitende haben bereits in der erste Nacht ihre Arbeit niedergelegt.
- 9 Streiken, wofür?
- 10 Amazon beschäftigt international ca. 1,6 Millionen Mitarbeiter*innen welche die
- 11 Milliardengewinne vom Unternehmen erst möglich machen. Die Mitarbeitenden haben
- 12 von diesen Gewinnen allerdings relativ wenig.
- 13 Die Beschäftigten bei Amazon-Winsen sind Teil der weltweiten Bewegung Amazon
- 14 Workers International.
- 15 Die Gewerkschaft ver.di fordert die Anerkennung der Flächentarifverträge des
- 16 Einzel- und Versandhandels in Niedersachsen von Amazon.
- 17 Amazon hat den Stundenlohn in den letzten Jahren zwar kontinuierlich erhöht,
- 18 doch durch fehlende Sonderzahlungen von Amazon und längeren Arbeitszeiten bleibt
- 19 der Lohn trotzdem mehrere hundert Euro unter dem Gehalt bei vergleichbaren
- 20 Firmen im Einzel- bzw. Versandhandel mit Tarifverträgen.
- 21 (Mentale) Gesundheit? Für Amazon unwichtig...
- 22 Viele Mitarbeitende klagen von psychischen Belastungen, vor allem generiert
- 23 durch hohe Krankenstände. Die Arbeit im Lager ist körperlich Anstrengend und
- 24 sorgt für Beschwerden bei den Beschäftigten.
- 25 Wir finden: Körperlich anstrengende Arbeit muss sich lohnen, es braucht ein
- 26 Weihnachts- und Urlaubsgeld, welches zur Erholung der Beschäftigten beiträgt!
- 27 „Klima der Angst“ bei Amazon Winsen
- 28 Teamleiter, die einen bis zur Toilette verfolgen und dort überprüfen, ob die
- 29 Mitarbeiter*innen nicht heimlich Pause machen und eine Datenüberwachung die
- 30 dafür sorgt, dass am Ende vom Monat vom sowieso schon kleinen Gehalt noch
- 31 weniger übrig bleibt, weil man „in der falschen Schicht da war“.
- 32 Amazon muss ihre Menschenunwürdigen Bedingungen endlich ändern.
- 33 Lasst uns gemeinsam mit den Beschäftigten für bessere Bedingungen und einen
- 34 Tariflohn kämpfen!
- 35 Make Amazon Pay!